

In der Region Maloja besteht grundsätzlich keine Wasserknappheit

Region Maloja An der Präsidentenkonferenz der Region Maloja vom 8. Juni wurden folgende Traktanden behandelt und folgende Beschlüsse gefasst:

Auslegeordnung Wassermanagement:

Die Präsidentenkonferenz hatte an ihrer Sitzung vom 10. November 2016 das Büro Stauffer & Studach in Chur mit der Erarbeitung einer Auslegeordnung für das Wassermanagement beauftragt. Diese wurde an der Sitzung vom 8. Juni präsentiert. Ziel war die Erarbeitung einer Übersicht über das Wasserdargebot und den Wasserbedarf in einer gesamtregionalen Betrachtung unter Einbezug saisonaler Aspekte und spezifischer Nutzergruppen. Die Daten wurden mittels Fragebögen und Gesprächen mit von den Gemeinden ernannten Verantwortlichen erfasst. Im Ergebnis beträgt das Wasserdargebot 45 000 bis 65 000 Liter pro Minute. Dieses setzt sich aus Quell- und Grundbeziehungsweise aus Seewasser zusammen. Der Wasserbedarf, welcher sich aus dem Bedarf an Trinkwasser, Löschwasser, Wasser für die technische Beschneidung sowie den Bedarf der Grossbezügler (grosse Hotels, Schwimmbäder etc.) zusammensetzt, beträgt 24 000 bis 32 000 l/min. Der maximale

Wasserbedarf besteht in den Monaten November und Dezember.

Über die gesamte Region gesehen, bestehen genügend Wasserreserven. Als Fazit kann festgehalten werden, dass keine Versorgungsknappheit besteht. Nach trockenen Sommern gibt es potenzielle Engpässe bei der Beschneidung. Ein künftiges Wassermanagement sollte überkommunale Notfallkonzepte für die Trinkwasserversorgung, überkommunale Zusammenschlüsse der Trinkwassernetze, die Trennung der Beschneidung vom Trinkwassersystem sowie eine Prioritätenliste für Wasserbezüge bei Knappheit beinhalten. Die Auslegeordnung und die dazugehörigen Pläne werden nun von den Gemeinden noch einmal kontrolliert und Vernetzungsmöglichkeiten zwischen den Gemeinden geprüft. Der bereinigte Bericht wird Ende Juli vorliegen.

Umsetzungsstatus Glasfaseraktivitäten in den Gemeinden:

Die Gemeindepräsidenten informierten sich gegenseitig über den Ausbau des Glasfasernetzes in ihren Gemeinden. Dabei wurde festgestellt, dass der Stand sehr unterschiedlich ist. Während in einigen Gemeinden keine bis geringe Aktivitäten vorhanden sind, sind andere Gemeinden in der

Umsetzung schon recht weit. Trotz des gemeinsamen Ziels, die Datenautobahn auszubauen, um die Bedürfnisse von Einheimischen, Zweitwohnungsbesitzern und Gästen abzudecken, ist es schwierig, die Aktivitäten regional zu bündeln. Die Gemeindepräsidenten einigten sich darauf, dass die Region beim Thema Glasfaser eine Vermittlungsrolle einnimmt und für den Erfahrungsaustausch genutzt wird.

Delegation eines Vertreters der Region in die Pro Lej da Segl:

Gemäss der Statuten der Pro Lej da Segl ist der Kreis Oberengadin Initiativmitglied. Ihm steht daher ein Vorschlagsrecht für die Wahl in den Vorstand zu. Seit Jahren hat der Kreispräsident von Amts wegen Einsitz in den Vorstand genommen. Da der Kreis Oberengadin per 31. Dezember aufgelöst wird, hat die Pro Lej da Segl vorgeschlagen, ab 2018 einen Vertreter der Region in den Vorstand zu delegieren, da häufig regionale Anliegen diskutiert und entschieden werden. Dieser Vorschlag wurde von der Präsidentenkonferenz positiv aufgenommen. Sie schlägt vor, dass aufgrund der thematischen Nähe der jeweilige Vorsitzende der Regionalplanungskommission im Vorstand

Einsitz nimmt. Abschliessend darüber entscheiden muss die Generalversammlung der Pro Lej da Segl an ihrer Sitzung vom 25. August.

Parkplätze Julierpass:

Bezug nehmend auf einen Antrag, sich dem Thema der Parkplätze am Julierpass, vor allem für Tourengänger anzunehmen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass es keine regionale Aufgabe sei und dies in Absprache zwischen Gemeinde Silvaplana, Kanton und Tiefbauamt geklärt werden muss. Der Antragsteller wurde entsprechend schriftlich informiert.

Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden/Schaffung der Rechtsgrundlagen für Electronic Voting (E-Voting):

Die Präsidentenkonferenz wird sich in ihrer Vernehmlassung an der Vernehmlassung der Kurortgemeinden abstützen, die das E-Voting grundsätzlich unterstützt, aber Vorbehalte zur Umsetzung anbringt. Zudem wird die Region den Hinweis anbringen, dass die Wahl des Regionalgerichtes durch stille Wahl undemokratisch sei und eine Anpassung gewünscht werde.

Anna Giacometti,
Stv. Vorsitzende Präsidentenkonferenz